



**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

angesichts der aktuellen Entwicklungen beim Coronavirus sollten wir alle zusammenstehen. Es geht jetzt in erster Linie darum, die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, um unser Gesundheitssystem zu entlasten. Unser Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat deshalb empfohlen, auf Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 Menschen zu verzichten. Gleichzeitig ist jede und jeder von uns dazu aufgerufen, alle nicht notwendigen Veranstaltungen und Reisen zum Schutz aller abzusagen.

Die deutsche Wirtschaft ist zehn Jahre hintereinander gewachsen und deshalb gut gerüstet. Die Folgen der Corona-Pandemie für Unternehmen und Beschäftigte sind momentan nur schwer absehbar. Der Koalitionsausschuss hat am vergangenen Sonntag erste konkrete Beschlüsse gefasst. Dazu gehören u. a. ein flexiblerer Zugang zum Kurzarbeitergeld (jetzt auch im Schnellstverfahren und einstimmig vom Bundestag beschlossen!), kurzfristig wirksame steuerliche Erleichterungen für Unternehmen und dauerhaft höhere öffentliche Investitionen für den Wohnungsbau und für Digitalisierungs- und Verkehrsprojekte. Alle beschlossenen steuerlichen Maßnahmen gehen auf Vorarbeiten der CDU/CSU-Fraktion zurück. Wir wollen mit kluger und passgenauer Unterstützung die Planungssicherheit aller Beteiligten erhöhen und Arbeitsplätze schützen. Mehr Informationen zum Thema finden Sie auf der kommenden Seite.

Der Koalitionsausschuss hat auch weitere wichtige Beschlüsse gefasst, lesen Sie mehr dazu auf Seite 3 dieses "Schulterblicks".

Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie gesund.

Herzliche Grüße
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Ausbreitung des Coronavirus wird zur Pandemie

Die rasante Ausbreitung des Coronavirus ist für uns alle eine absolut neue Situation. Die Auswirkungen sind auch im Deutschen Bundestag angekommen: politische Abläufe werden geändert (z. B. bei namentlichen Abstimmungen), externe Veranstaltungen werden abgesagt, der Publikumsverkehr wird heruntergefahren, die Reichstagskuppel wurde gesperrt, BPA-Fahrten wurden abgesagt (s. Beitrag unten), parlamentarische Austausche fallen aus. Dennoch läuft der Plenarbetrieb weiter, auch wenn wir im Bundestag eine Corona-Infektion und Fälle von Quarantäne haben. Oberstes Gebot, neben dem Gesundheitsschutz, ist die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des Verfassungsorgans.

Auch auf die Gesellschaft und die Wirtschaft kommen neue Herausforderungen zu. Kitas und Schulen in einigen Bundesländern schließen und stellen Eltern, Familien und insbesondere Alleinerziehende vor große Schwierigkeiten. Aber um die Gefahr der Ansteckung weiterer Menschen möglichst zu minimieren, ist das eine vernünftige Entscheidung. Zur Bewältigung der daraus resultierenden Probleme müssen möglichst unkompliziert mit den Arbeitgebern Lösungen gefunden werden: Homeoffice, Kurzarbeit, Sonderurlaub (wie im Krankheitsfall) sollten mit gegenseitigem gutem Willen dazu beitragen, diese schwierige Situation zu meistern. Der Corona-Pandemie können wir nur gemeinsam und mit viel Rücksichtnahme, Verständnis und Besonnenheit entgegentreten.

Mein Berliner Büro geht in Homeoffice

Für die kommende sitzungsfreie Woche wird für die Fraktions- und Abgeordnetenbeschäftigten empfohlen, nach Möglichkeit von zu Hause aus zu arbeiten, um das Infektionsgeschehen zu entschärfen. Dieses Angebot werden meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Berlin wahrnehmen. Bitte haben Sie Verständnis, dass es dadurch zu eingeschränkter Erreichbarkeit meines Bundestagsbüros kommen kann. Dies kann, je nach Entwicklung der Lage, auch für meine Büros im Wahlkreis gelten. Ich halte dieses Vorgehen für dringend geboten, um mein Team vor vermeidbaren Ansteckungsrisiken zu schützen.

BPA-Fahrt im März abgesagt!

Bedauerlicherweise wurden auf Grund der Corona-Pandemie alle BPA-Fahrten abgesagt. Somit entfällt auch die Fahrt vom 26. März 2020 bis zum 27. März 2020.

Es wird angestrebt, die Fahrt im Laufe der Legislaturperiode nachzuholen. Leider können wir noch keine Aussage treffen, wann das möglich sein wird.



Bericht aus Berlin

Sichere Grenzen und humanitäre Verantwortung gehören zusammen

Deutschland hat in den vergangenen Jahren so vielen Menschen in Not geholfen und sie aufgenommen wie kein anderes Land in Europa. Das war nur möglich mit dem großartigen ehrenamtlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Das ist unser aller Selbstverständnis. Spätestens seit 2015 wissen wir aber auch, dass wir reguläre Zuwanderung aussteuern und begrenzen müssen, um unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren. Diese Balance zu finden, zwischen sicheren Grenzen und unserer humanitären Verantwortung, bleibt eine Daueraufgabe. Der Koalitionsausschuss hat deshalb beschlossen, Griechenland bei der schwierigen humanitären Lage der Flüchtlingskinder auf den griechischen Inseln zu unterstützen. Deutschland wird auf europäischer Ebene über die Aufnahme unbegleiteter oder erkrankter Kinder verhandeln, bei denen es sich überwiegend um Mädchen handelt. Wir stehen bereit, einen angemessenen humanitären Beitrag in dieser Krisensituation zu leisten.

Öffentliche Investitionen „auf die Straße“ bringen

Wir erneuern unser Land und sorgen für Investitionen auf Rekordniveau. Es bleibt weiterhin viel zu tun. Um Deutschland fit für Gegenwart und Zukunft zu machen, wollen wir die Investitionslinie des Bundes bis zum Ende des Finanzplanzeitraums auf dem hohen Niveau von 2020 verstetigen und bis 2030 dynamisieren. Um die gesamtstaatliche Investitionstätigkeit abgestimmt und koordiniert zu erhöhen, will die Bundesregierung im Rahmen einer „Nationalen Investitionsallianz“ gemeinsam mit Ländern und Kommunen Ziele und investitionspolitische Leitlinien beschließen. Zentral dabei sind für uns höhere Investitionen in die Verkehrswege des Bundes, mehr Städtebaumittel, die Fortsetzung der Unterstützung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau der Länder sowie Investitionen in die Künstliche Intelligenz.

Ein echter Durchbruch ist dem Koalitionsausschuss im Bereich beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren gelungen. Die entscheidenden Vorarbeiten kamen auch hier wieder aus der CDU/CSU-Fraktion. Die Bundesregierung wird bis Juli 2020 ein Investitionsbeschleunigungsgesetz beschließen. Wir sind uns alle einig, dass erhöhte Investitionszusagen beispielsweise für den Ausbau von Mobilfunknetzen und Verkehrswegen nur im Verbund mit beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren umsetzbar sind.



Zu Besuch im Forschungsministerium

Auf Einladung unserer Forschungsministerin Anja Karliczek war die niedersächsische Landesgruppe der Union am Montagabend im Ministerium für Bildung und Forschung zu Besuch. Neben Themen wie Wasserstofftechnologie, Künstliche Intelligenz und Bildung im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ging es auch um Bioökonomie. Ganz anschaulich und greifbar wurde es, als wir Powerriegel aus Insekteneiweiß, Schuhe aus Ananasblättern und Handtaschen aus Apfelresten präsentiert bekamen!



Ich darf an der Stelle verraten: Nicht alle Kolleginnen und Kollegen haben sich getraut, den Insekten-Snack zu verkosten. Da haben sie etwas verpasst!

Parlamentarischer Abend der grünen Branche

Am Dienstagabend nahm ich am parlamentarischen Abend der grünen Branche teil, der in den Räumlichkeiten der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft stattfand.

Bereits zum dritten Mal luden die grünen Verbände Zentralverband Gartenbau e. V., Bund deutscher Baumschulen e. V. Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. und Bund Deutscher Landschaftsarchitekten zu einem fachlichen Austausch ein. Die diesjährige Veranstaltung stand unter der Fragestellung „Kommunen im Klimawandel: Was braucht die Grüne Infrastruktur?“. Alle Redner waren sich einig: Um die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden trotz der klimabedingten Herausforderungen zu erhöhen, brauchen wir mehr gepflegtes Stadtgrün und den Willen, Stadtgrün auch innovativer zu denken und zu gestalten.



Bericht aus Berlin

Aus dem Plenum

Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität. Wir diskutierten in erster Lesung über die Umsetzung eines Maßnahmenpakets insbesondere in Reaktion auf den Anschlag in Halle (Saale). Mit diesem Gesetz sollen etwa die Anbieter großer sozialer Netzwerke dazu verpflichtet werden, dem Bundeskriminalamt bestimmte strafbare Inhalte zu melden, die ihnen durch eine Beschwerde bekannt und von ihnen entfernt oder gesperrt wurden. Zu melden wären etwa schwere Fälle von Hasskriminalität im Netz wie etwa Mord- oder Vergewaltigungsdrohungen und Volksverhetzungen, aber auch kinderpornografische Inhalte. Die unzureichende Einrichtung eines Meldesystems durch einen Anbieter soll dabei mit einem Bußgeld belegt werden können. Die Meldung soll durch eine Zentralstelle an die zuständigen Ermittlungsbehörden weitergeleitet werden. Weitere Maßnahmen umfassen etwa die Erweiterung von Straftatbeständen oder die Erhöhung des Strafrahmens für Bedrohungen auch im Internet.

Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung. Dieses Gesetz setzt insbesondere Ergebnisse der beiden letzten Koalitionsausschüsse u. a. zum Kurzarbeitergeld um. Es hat zwei wesentliche Zielrichtungen: Um für die Unwägbarkeiten der Auswirkungen der Corona-Pandemie in Deutschland gewappnet zu sein, enthält der Gesetzentwurf zum einen befristete Verordnungsermächtigungen, mit denen die Bundesregierung kurzfristig reagieren kann: Sie kann die Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld absenken, sodass Betriebe das Kurzarbeitergeld schon nutzen können sollen, wenn nur 10 Prozent der Beschäftigten vom Arbeitsausfall betroffen sind statt wie bisher ein Drittel. Zudem kann der Bezug von Kurzarbeitergeld auch im Bereich der Leiharbeit ermöglicht werden. Darüber hinaus gilt es zum anderen, den Strukturwandel hin zu einer emissionsarmen und digitalen Wirtschaft nicht aus dem Auge zu verlieren. Das gilt in besonderem Maße für die Automobilindustrie, aber auch für andere Bereiche des verarbeitenden Gewerbes, für den Handel und bei den finanziellen Dienstleistungen. Beschäftigte und Betriebe müssen bei der Transformation so gut wie möglich unterstützt werden, um die hohe Wertschöpfung und Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Von zentraler Bedeutung hierbei sind Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten. Der Gesetzentwurf enthält dazu Verbesserungen der Weiterbildungsförderung von Beschäftigten auf der Grundlage der Regelungen aus dem Qualifizierungschancengesetz, die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Nachholen eines Berufsabschlusses sowie Änderungen bei der Zulassung von Maßnahmen im Bereich der Arbeitsförderung und der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Einen Überblick über die rund 20 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Fotos

Kopfzeile S. 2-5: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kopfzeile S. 6: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Fotos: privat